

ZUR REGIONALGEOGRAPHIE DER SCHWEIZ

RÄUMLICHE ASPEKTE DER INDUSTRIE IN DER SCHWEIZ

Hans ELSASSER, Zürich

Mit 1 Textabbildung

INHALT

1. Einführung	163
2. Industrieräumliche Lageanalyse	164
2.1 Allgemeine Übersicht	164
2.2 Die räumliche Konzentration	165
2.3 Die räumliche Spezialisierung	171
2.4 Perspektiven	173
3. Ziele der schweizerischen Industriestandortpolitik	173
4. Beeinflussungsmöglichkeiten der räumlichen Verteilung der Industrie in der Schweiz	175
4.1 Generelle Bemerkungen	175
4.2 Die Träger standortpolitischer Maßnahmen	175
4.3 Maßnahmenkatalog	177
5. Schlußbemerkungen	177
6. Anmerkungen	178
7. Literaturverzeichnis	180
Zusammenfassung	180
Summary, Résumé	181

1. EINFÜHRUNG

Jede Planung, auch die Industrieraumplanung, besteht grundsätzlich aus drei Elementen [1]:

- Die Lageanalyse gibt Aufschluß über den gegenwärtigen Zustand.
- Aus der Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes und seiner Probleme werden Zielsetzungen für die künftige Entwicklung festgelegt.
- Aus der Gegenüberstellung von Lage und Zielsetzungen ergibt sich die Aufgabe, geeignete Lenkungsmaßnahmen zu finden.

In der Praxis ist es jedoch kaum möglich, Planung derart zu betreiben, daß sich diese drei Schritte — Lage, Zielsetzungen und Maßnahmen — in klarer sachlicher und zeitlicher Abgrenzung folgen. Planung ist eine Daueraufgabe. Lageanalyse, Zielfestlegung und Maßnahmen Einsatz sind gegenseitig eng miteinander verflochten und müssen stets aufeinander abgestimmt werden [2].

Die Geographie und so auch die Industriegeographie interessierte sich bis anhin vor allem für die Lageanalyse. Weil nun aber eine praxisrelevante Lageanalyse nicht losgelöst von den beiden andern Elementen durchgeführt werden darf, muß sich die Geographie mehr als bisher auch mit den Problemen der Gestal-

tung und Realisierung auseinandersetzen. „Unsere Wissenschaft (die Geographie) ist aus einer Wissenschaft der Zustände zu einer Wissenschaft der Veränderungen geworden, sie wird zu einer Wissenschaft der Lenkungen werden“ [3].

Entsprechend dieser Zielsetzung versucht der nachfolgende Aufsatz ausgehend von der heutigen industriewirtschaftlichen und -räumlichen Situation in der Schweiz Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen, industriestandortpolitische Ziele zu diskutieren und die Grenzen und Möglichkeiten der Beeinflussung der industriellen Standortwahl abzustecken. Der Verzicht auf eine umfassendere Darstellung der historischen Entwicklung der schweizerischen Industrie fällt deshalb leichter, weil wir darüber durch verschiedene Arbeiten [4] bereits gut informiert sind.

2. INDUSTRIERÄUMLICHE LAGEANALYSE

In Anlehnung an die von SCHNEIDER umschriebenen Ziele der Regionalpolitik [5] lassen sich folgende Einzelziele für die Industriestandortpolitik festlegen:

- Die Industriestandortverteilung soll zum Abbau räumlicher, regionaler Disparitäten beitragen (Gerechtigkeitsziel).
- Durch die Industriestandortpolitik soll die konjunkturelle und strukturelle Abhängigkeit der Regionen reduziert werden (Stabilitätsziel).
- Die Industriestandortverteilung soll — unter Berücksichtigung der ökologischen Gegebenheiten und Bedingungen — optimale regionale Wachstumsraten ermöglichen (Wachstumsziel).

Die Lageanalyse soll nun aufzeigen, ob und in welchem Ausmaß die Industrie in der Schweiz räumlich ungleichmäßig verteilt ist, und wie stark die regionale Konzentration einzelner Industriebranchen ist. Mangels statistischer Unterlagen ist es vorläufig noch ausgeschlossen darzulegen, welchen Beitrag die Industrie zur regionalen Wertschöpfung leistet, so daß man sich auf folgende Aussage beschränken muß: Der gesamtschweizerische Index der industriellen Produktion ist von 1963 bis 1975 von 100 auf 140 gestiegen. Mit einem Wert von 159 wurde 1974 ein vorläufiges Maximum erreicht. „Jedenfalls aber hat die Industrie einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen Wohlstandssteigerung unserer Bevölkerung geleistet“. [6]

2.1 Allgemeine Übersicht

Die schweizerische Industrie ist von der Rezession in stärkerem Ausmaße betroffen. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Beschäftigtenentwicklung der letzten Jahre [7]. 1975 zählte die schweizerische Industrie in 9.989 Betrieben 714.897 Beschäftigte. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang bei den Betrieben von 362 Einheiten oder knapp 4 Prozent, bei den Beschäftigten betrug der Rückgang 90.340 Personen oder 11 Prozent. Von dieser Abnahme waren indessen nicht alle Industriebranchen und Kantone in gleichem Maße betroffen. Auch die verschiedenen Arbeitnehmerkategorien (Männer und Frauen; Schweizer und Ausländer) wiesen recht unterschiedliche Veränderungen auf. Der Rückgang war teilweise von größeren strukturellen Veränderungen begleitet: Allein die Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugindustrie hat im letzten Jahr 20.767 Arbeitskräfte verloren. Die relativ größten Beschäftigtenrückschläge verzeichneten mit 20 Prozent die eng mit dem Baugewerbe verbundene Industrie der Steine und Erden sowie mit 19 Prozent die Uhrenindustrie. Ebenfalls einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenrückschlag mußten die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Holzverarbeitung sowie die Metallindustrie hinnehmen. Relativ am geringsten waren die Abnahmen in der

Chemischen Industrie, bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und in der Maschinenindustrie.

Die Zahl der Industriebeschäftigten hat sich im letzten Jahr in allen Kantonen verringert. Der Kanton Bern verzeichnete mit 15.025 Personen die größte Abnahme. Prozentual am größten war der Rückschlag im Kanton Obwalden. Von der Rezession im industriellen Sektor besonders betroffen ist die Westschweiz, weisen doch alle welschen Kantone — mit Ausnahme des Wallis — überdurchschnittliche Arbeitskräfterrückgänge auf. Auch die Bergkantone mußten mit wenigen Ausnahmen teilweise kräftige Beschäftigteneinbrüche in Kauf nehmen.

2.2 Die räumliche Konzentration

Die räumliche Konzentration der Industrie kann auf verschiedene Arten gemessen werden: CHRISTOFFEL verwendete in seiner Untersuchung über die industrielle Ballung in der Schweiz [8] die Kenngröße „Fabrikbetriebe pro km²“, um die industrielle Konzentration in der Schweiz zu beschreiben. Für die Zeitspanne 1930 bis 1965 konnte er nachweisen, daß die räumliche Konzentration anhielt und daß die Wachstumsraten in den Ballungsgebieten über diejenigen der schwach industrialisierten Regionen lagen. Die schon damals festgestellte Stagnation oder Abnahme der Fabrikbetriebe in den Ballungskernen deutete nicht auf eine Entballung hin, sondern lediglich auf eine Sättigung der Kerne. Damit ging gleichzeitig eine Ausweitung der Agglomerationsrandgebiete vor sich.

Auch in der ORL-Industriestandortstudie wurde die räumliche Konzentration der Industrie untersucht [9]: In jener Untersuchung wurden vier Regionentypen gebildet:

- Hochindustrialisierte Regionen:
Nordschweiz, Aaretal abwärts vom Bielersee, Kern des Juras und südlichster Teil des Tessin
- Mittelmäßig industrialisierte Regionen:
Jura, Genf, Voralpen
- Schwach industrialisierte Regionen:
Westliches Mittelland
- Sehr schwach oder nichtindustrialisierte Regionen:
Alpengebiet.

Diese Konzentrationen wurden mit Hilfe eines Konzentrationsindex gemessen, welcher sich aus der Dichte der Fabriksbeschäftigten pro km² bewirtschafteter Fläche und der Anzahl Fabrikbeschäftigte pro 100 Einwohner ableitet.

Der Autor [10] untersuchte mit Hilfe von Regional-, Standort- und Struktur-faktoren [11] die Veränderungen der kantonalen Beschäftigtenstrukturen in Industrie und Handwerk zwischen 1955 und 1965. Als statistische Grundlagen dienten die Ergebnisse der Eidgenössischen Betriebszählungen. Dabei wurde festgestellt, daß im Zeitraum 1955 bis 1965 die Beschäftigten in Industrie und Handwerk vor allem in schwach industrialisierten Kantonen (z. B. Nidwalden, Freiburg, Wallis, Graubünden, Obwalden, Schwyz) überdurchschnittlich zugenommen haben, währenddem die traditionellen Industriekantone, wie Zürich, Bern, St. Gallen und Solothurn zum großen Teil ein eher unterdurchschnittliches Wachstum verzeichneten. Es kann deshalb für jenes Dezenium nicht von einer weitergehenden räumlichen Konzentration der Beschäftigten in Industrie und Handwerk gesprochen werden, sofern die Kantone als kleinste statistische Einheiten für die Unterteilung der Schweiz

gewählt werden. Analoge Berechnungen wurden mit den Daten der Industriestatistiken 1967 und 1972 durchgeführt [12]. Auch diese Berechnungen zeigten, daß für die betrachtete Zeitspanne schwach industrialisierte Kantone ein relativ größeres Wachstum aufwiesen [13].

Die räumliche Entwicklung der Industrie in der Schweiz folgte also bis in die frühen Siebzigerjahre mehr oder weniger den von SCHRÖDER beschriebenen räumlichen Wachstumsverschiebungen: „In der ersten Entwicklungsphase, dem Stadium der unterentwickelten Agrarwirtschaft, hat noch keine Region die optimale Dichte erreicht. Wachstumsbegünstigt sind c. p. die Regionen mit den höchsten Dichtewerten. Die Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung steigt bei relativ geringem durchschnittlichen Dichteniveau steil an. Sobald die ersten Regionen das Dichteoptimum überschreiten, verlangsamt sich deren Wachstum zunehmend. Sie reichen die Wachstumsakzente weiter an jene Regionen, die kurz vor der optimalen Dichte stehen ... Die Konzentration stagniert bei insgesamt weiterhin steigendem Dichteniveau. Hat der Gesamtraum die Optimaldichte überschritten, so sind mehr und mehr Regionen mit unterdurchschnittlicher Dichte wachstumsbegünstigt: Die Konzentration nimmt bei weiterhin steigendem Dichteniveau wieder ab“ [14]. Es stellt sich nun allerdings die Frage, wie sich die seit 1969 sinkende Zahl der Industriebeschäftigten und insbesondere der kräftige Beschäftigtenrückschlag im letzten Jahr (1974/1975) auf die räumliche Konzentration der Industrie ausgewirkt haben. Zu diesem Zwecke wurde — in Anlehnung an die im Jahrbuch ‚Regionalstatistik‘ der Europäischen Gemeinschaften zur Diskussion gestellten Kennziffern zur Messung räumlicher Disparitäten [15] — aufgrund der kantonalen Industriebeschäftigtenzahlen gemäß der Eidgenössischen Industriestatistik für die Jahre 1966 bis 1975 die Variationskoeffizienten berechnet:

Tabelle 1: Die räumliche Konzentration der schweizerischen Industrie, 1966—1975

Jahr	Variationskoeffizient	Index 1966 = 100
1966	1.13	100
1967	1.13	100
1968	1.12	99
1969	1.11	98
1970	1.10	97
1971	1.08	96
1972	1.08	96
1973	1.07	95
1974	1.07	95
1975	1.08	96

Quelle: Eidgenössische Industriestatistiken 1966—1975.

Die Tabelle 1 zeigt, daß in den letzten neun Jahren die räumliche Konzentration der Industrie in der Schweiz abnahm, daß aber im letzten Jahr wieder eine leichte Zunahme der Konzentration stattgefunden hat. Wir finden hier somit eine

Bestätigung der bereits früher in der Bundesrepublik Deutschland gemachten Erfahrung, daß in Jahren der wirtschaftlichen Abschwächung die Verdichtungs-räume für die industrielle Standortwahl relativ an Bedeutung gewinnen [16]. MÜHLEMANN schreibt in diesem Zusammenhang: „Es ist nicht zu verkennen, daß zahlreiche kleinere industrielle oder gewerbliche Betriebe im ländlichen Raum gegenüber dem Beschäftigungseinbruch besonders exponiert sind. Unternehmungen, welche in Zeiten des ausgetrockneten Arbeitsmarktes und des Nachfrageüberhangs kleineren und mittleren Firmen Aufträge übertrugen, konzentrieren heute in vermehrtem Maße den geringen Auftragsbestand und trachten danach, in erster Linie die Kapazitäten des Stammhauses auszulasten. Das Prinzip der verlängerten Werkbank benachteiligt in der Phase des Konjunkturabschwungs offensichtlich Zulieferbetriebe, von denen es in den entwicklungs-schwachen Regionen recht viele gibt“ [17].

Dieses Bild der räumlichen Konzentration sieht allerdings teilweise anders aus, wenn wir nicht die Kantone, sondern die Gemeinden als statistische Bezugsflächen betrachten: Von den 3.054 Schweizer Gemeinden besaßen 1975 1.463 oder 48 Prozent mindestens einen Industriebetrieb [18]. Über die Größe dieser ‚Industriegemeinden‘ darf man sich allerdings keine falschen Vorstellungen machen:

Tabelle 2: Die Größe der ‚Industriegemeinden‘ in der Schweiz, 1975

Industriebeschäftigte pro Gemeinde	Anzahl Gemeinden 1975	
1— 19	198	13,5%
20— 49	267	18,3%
50— 99	215	14,7%
100— 199	226	15,5%
200— 499	264	18,1%
500— 999	146	10,0%
1000— 1999	84	5,7%
2000— 4999	46	3,1%
5000— 9999	10	0,7%
10000—19999	5	0,3%
20000—49999	2	0,1%
Total	1463	100,0%

Quelle: Eidgenössische Industriestatistik 1975.

In der ORL-Industriestandortstudie wurden die industriellen Zentren folgendermaßen klassifiziert [19]:

- 1. Ordnung: über 10.000 Arbeitsplätze in der Industrie
- 2. Ordnung: 2.500—10.000 Arbeitsplätze in der Industrie
- 3. Ordnung: 1.000—2.500 Arbeitsplätze in der Industrie

Wenn wir 1975 die ‚Industriegemeinden‘ nach diesem Schema gliedern, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 3: Die industriellen Zentren in der Schweiz, 1975

Industrielle Zentren	Anzahl		Industriebeschäftigte in diesen Zentren, 1975	
1. Ordnung	7	0,5%	152741	21,4%
2. Ordnung	39	2,7%	162612	22,7%
3. Ordnung	101	6,9%	150044	21,0%
übrige ‚Industriegemeinden‘	1316	89,9%	249500	34,9%
Total	1463	100,0%	714897	100,0%

Quelle: Eidgenössische Industriestatistik 1975.

Knapp zwei Drittel aller Industriebeschäftigten arbeiten in rund 5 Prozent aller Schweizer Gemeinden, bzw. 10 Prozent der ‚Industriegemeinden‘. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die regionale Verteilung dieser industriellen Zentren. Deutlich sichtbar ist die industrielle Konzentration im Raum Kanton Zürich — Olten — Basel und die geringe Zahl an industriellen Zentren im westlichen Mittelland sowie im alpinen und voralpinen Gebiet.

Um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession auf die räumliche Konzentration der Industrie festzustellen, wird nun untersucht, wie sich die Industriebeschäftigtenzahlen in den sieben größten industriellen Zentren der Schweiz zwischen September 1973 (vor der ‚Erdölkrise‘) und September 1975 entwickelt haben:

Tabelle 4: Die Industriebeschäftigtenentwicklung in den industriellen Zentren, 1973—1975

Industrielle Zentren	Industrie-	Industrie-	Veränderung	
	beschäftigte 1973	beschäftigte 1975		
Zürich	48823	42404	— 6419	— 13,1%
Basel	42389	38142	— 4247	— 10,0%
Bern	20170	15988	— 4182	— 20,7%
Winterthur	18649	18834	+ 185	+ 1,0%
Genf	16402	13687	— 2715	— 16,6%
Biel	14974	11905	— 3069	— 20,5%
Baden	11226	11781	+ 555	+ 4,9%
Total	172633	152741	— 19892	— 11,5%
Anteil am gesamtschweizerischen Total	21,2%	21,4%		

Quelle: Eidgenössische Industriestatistiken 1973 und 1975.

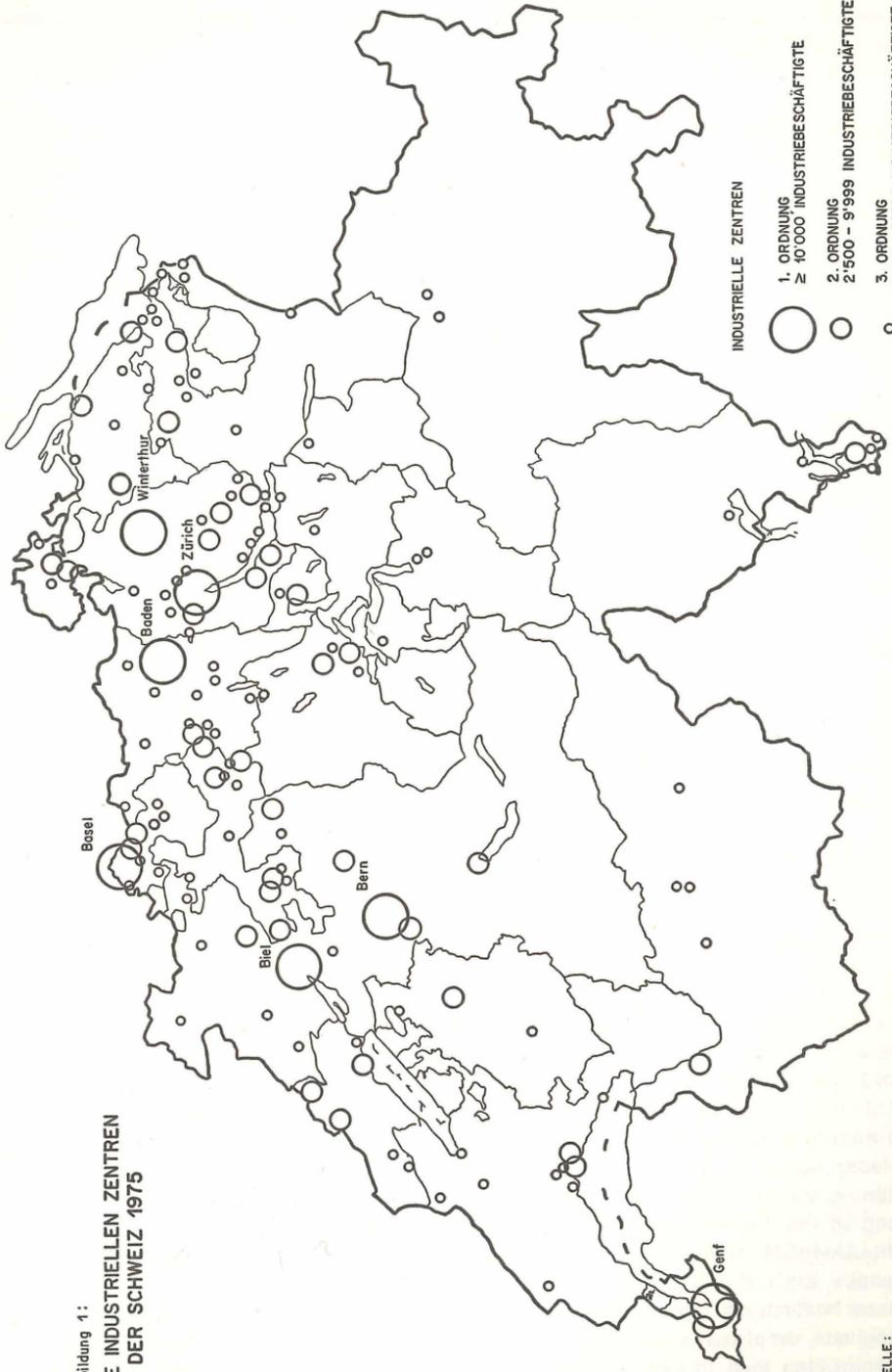


Abbildung 1:
DIE INDUSTRIELLEN ZENTREN
IN DER SCHWEIZ 1975

QUELLE:
EDGENÖSSISCHE INDUSTRIESTATISTIK 1975

Gesamthaft gesehen, ist die Zahl der Industriebeschäftigten in den industriellen Zentren 1. Ordnung in den letzten zwei Jahren in etwas geringerem AusmaÙe zurückgegangen als in der gesamten Schweiz ($-11,5\%$ gegenüber $-12,2\%$). Der ‚relative Gewinn‘ der Zentren betrug 1169 Beschäftigte. Die einzelnen Zentren haben sich allerdings sehr unterschiedlich entwickelt. Von der Rezession besonders betroffen sind die beiden ‚Uhrenzentren‘ Biel und Genf sowie Bern, währenddem die beiden ‚Maschinenindustrie-Zentren‘ Winterthur und Baden keinen Beschäftigtenrückschlag in Kauf nehmen mußten. Diese wenigen Zahlen belegen die bekannte Tatsache, daß (branchen)strukturelle Probleme oft erst beim Übergang von einer Expansionsphase zu einer Phase nur mehr mäßigen oder gar negativen Wachstums in ihrer vollen Schärfe erkannt werden [20].

Zur weiteren Charakterisierung der Entwicklung des Industrialisierungsgrades (ausgedrückt durch den Industriebesatz) [21] dient noch folgende Übersicht [22].

Tabelle 5: Der Industriebesatz 1966 und 1975

Kennziffern (Industriebesatz = Industriebeschäftigte pro 100 Einwohner)	1966	1975
Höchster Wert	26 (Schaffhausen)	21 (Schaffhausen)
Niedrigster Wert	5 (Graubünden)	4 (Graubünden)
Differenz (A)	21	17
Mittelwert (Schweiz)	15	11
Höchster Wert		
Mittelwert	1,73	1,91
Niedrigster Wert		
Mittelwert	0,33	0,36
Differenz (B)	1,40	1,55

Diese Werte weisen darauf hin, daß sich die kantonalen Unterschiede im Industrialisierungsgrad in den letzten neun Jahren nicht verringert, sondern eher verstärkt haben. 1973 betrug die Differenz (B) 1,39. Diese Verstärkung der Industrialisierungsunterschiede ist somit eine Folge der Rezession. Nicht nur in der Industrie, sondern auch in andern Bereichen haben sich als Folge der Rezession die regionalen Disparitäten wieder verstärkt. MÜHLEMANN schreibt in diesem Zusammenhang [23]: „Die Erklärung für die neue Öffnung der Wohlstandsschere ist nicht einfach. Die Entwicklung in der Schweiz verläuft offensichtlich atypisch und entgegen dem Gesetz von WILLIAMSON, welches besagt, daß zunächst mit zunehmender Entwicklung eines Landes auch die regionalen Differenzen wachsen, um nach einer Überschreitung eines bestimmten Entwicklungsstandes der Volkswirtschaft wieder abzunehmen. Eine mögliche, empirisch aber nicht gesicherte Begründung der zunehmenden regionalen Disparitäten liegt in den sektoralen Verschiebungen, welche im Zuge des kleineren realen Wirtschaftswachstums der letzten Jahre in der Schweiz zu verzeichnen sind.“

Das allgemeine räumliche Verteilbild hat sich allerdings im wesentlichen nicht verändert. Die Reihenfolge der Kantone nach ihrem Industrialisierungsgrad blieb praktisch konstant.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die schweizerische Industrie vor allem auf das Gebiet des schweizerischen Mittellandes und des Juras konzentriert ist, daß aber innerhalb dieses Gebietes eine recht starke Dispersion festzustellen ist. „Soweit man in der Schweiz von Fabrikstädten sprechen kann, handelt es sich um mittlere oder kleinere Städte, wie Winterthur, Biel oder Baden. Starke Industrieballungen oder Fabriklandschaften, wie wir sie aus dem Ausland kennen, haben sich — glücklicherweise — in der Schweiz nicht entwickelt“ [24]. Als Ursachen für diese Dezentralisation nennt BICKEL folgende [25]:

- Rohstoffe fehlen.
- Die Industrie ist in erster Linie export- und nicht konsumorientiert.
- Der Standortfaktor ‚Energie‘ ist in der Schweiz eine Ubiquität.
- Bedeutende Industriezweige entstanden aus bäuerlicher Heimarbeit.
- Die Struktur des Landes ist föderalistisch.

Gerade wegen der föderalistischen Struktur der Schweiz ist aber allen Konzentrationsbewegungen — wobei nicht nur an diejenigen in der Wirtschaft und Industrie zu denken ist — größte Aufmerksamkeit zu schenken: In einem föderalistisch aufgebauten und in allen kulturellen Bereichen eher dezentral orientierten Staatswesen fallen ungleiche Verteilungen der Entwicklungschancen viel stärker ins Gewicht als in einem eher zentralistisch ausgerichteten Staat [26].

2.3 Die räumliche Spezialisierung

„Die Standorte der einzelnen Industrien waren früher stark nach Landesgegenden spezialisiert. Von den wichtigen älteren Industrien war die Stickerei ausschließlich im St. Gallisch-Appenzellischen verbreitet, die Baumwollspinnerei im Zürcher Oberland und in Glarus konzentriert, die Seidenstoffweberei vorallem auf dem linken Zürichseeufer, die Seidenbandindustrie in beiden Basel, die Uhrenindustrie im Jura angesiedelt. Mit der Zeit hat sich aber diese örtliche Spezialisierung und Differenzierung der Industrie abgeschliffen. Einige der historischen Industrien wie die Stickerei sind noch heute ganz auf ihre ursprünglichen Standorte beschränkt. Sie haben aber an Bedeutung verloren und geben daher dem Industriekörper nicht mehr im gleichen Maße das Gepräge wie früher. Diejenigen älteren Industrien, die ihre Bedeutung bis heute zu behaupten vermochten, sind zum mindesten sporadisch über ihre ursprünglichen Gebiete hinausgedrungen. Vor allem aber haben sich der neueren Industrien in der Regel von vornherein stark zerstreut. Schon die Maschinen- und die Metallindustrie haben sich über das ganze Mittelland hin entwickelt, und das gleiche gilt für die verschiedenen Zweige der Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie. Die chemische Industrie, die sich zur Hauptsache auf Basel konzentriert, bildet in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Das Gesagte soll nicht heißen, daß überhaupt keine Spezialisierung der einzelnen Industriezweige nach Landesgegenden mehr besteht, aber die ausgesprochen monoindustriellen Gebiete sind seltener geworden“ [27]. Für die Zeitspanne 1967 bis 1972 konnte nachgewiesen werden, daß in sechzehn der fünfundzwanzig Kantone eine Diversifikation der Industriebranchenstruktur stattgefunden hat [28]. Eine im Vergleich zum gesamtschweizerischen Mittel einseitige industrielle Branchenstruktur besitzen vor allem die Kantone Appenzell (Textilindustrie), Basel-Stadt (Chemische Industrie), Neuenburg (Uhrenindustrie), Unterwalden (Holzverarbeitung) und Wallis (Chemische Industrie).

Zwischen 1967 und 1972 erlitten hauptsächlich die Kantone St. Gallen, Neuenburg, Bern, Solothurn und Tessin wegen des überdurchschnittlichen Anteils an stagnierenden und schrumpfenden Industriebranchen Beschäftigtenverluste. Diese negativen Struktureffekte wurden allerdings teilweise von positiven Standorteffekten, z. B. Grenzlage, bzw. Grenzgänger, kompensiert oder sogar überkompensiert. Strukturbedingte Gewinne an Arbeitskräften gab es vor allem in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land und Wallis, d. h. in Kantonen, in welchen die Chemische Industrie eine wichtige Stellung besitzt [29].

Die Rezession läßt nun strukturelle Einseitigkeiten und Schwächen in der regionalen Verteilung der Industriebranchen deutlich zutage treten: Der Vergleich zwischen dem für die Zeitspanne 1967—1972 berechneten Strukturfaktoren [30] und dem Regionalfaktor für die Rezessionsperiode 1974/1975 ergibt folgendes Bild: Von den zwölf Kantonen, deren Industriestruktur sich zwischen 1967 und 1972 verschlechtert hat (Strukturfaktor kleiner als 1) wiesen nur vier einen unterdurchschnittlichen Beschäftigungsrückschlag auf; in den übrigen acht Kantonen war der Beschäftigtenrückgang größer als in der Gesamtschweiz. Von den dreizehn Kantonen mit günstiger Industriestruktur waren sechs von der Rezession besonders betroffen, währenddem sich die Rezession in den andern sieben Kantonen schwächer auswirkte:

Tabelle 6: Beziehungen zwischen der Industriestruktur und der Rezession

Rezession in der Industrie	„schwach“ (im Vergleich zur Schweiz)	„stark“ (im Vergleich zur Schweiz)
Industriestruktur „günstig“ (im Vergleich zur Schweiz)	Basel-Stadt Wallis Basel-Land Zürich Schaffhausen Zug Aargau	Uri Graubünden Genf Obwalden Freiburg Waadt
„ungünstig“ (im Vergleich zur Schweiz)	Nidwalden Solothurn Glarus Appenzell AI	Bern Luzern Thurgau Appenzell AR St. Gallen Tessin Neuenburg Schwyz

Quelle: Eidgenössische Industriestatistiken 1967, 1972, 1974, 1975.

Dies zeigt, daß in den Zeiten der Hochkonjunktur der branchenmäßigen Zusammensetzung und Entwicklung der Industrie nicht überall die nötige Beachtung geschenkt wurde. Diese Unterlassungen wirken sich nun in der Rezession aus.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, daß wir in der Schweiz immer noch folgende charakteristische regionale Branchenverteilung feststellen können [31]:

— Textilindustrie	Ostschweiz
— Bekleidungsindustrie	Ostschweiz und Tessin
— Holzverarbeitung	Innerschweiz
— Chemische Industrie	Nordwestschweiz
— Uhrenindustrie	Jura

Bei der Beurteilung der Aussage von statistischen Untersuchungen über die regionale Verteilung der einzelnen Industriebranchen gilt zu berücksichtigen, daß die statistischen Branchenbegriffe im Laufe der jüngsten Entwicklung an Aussagekraft verloren haben. Es ist deshalb falsch und gefährlich, aus der Entwicklung in einer Wirtschaftsgruppe Rückschlüsse auf die Entwicklung und vor allem auf die Entwicklungsaussichten in einer Betriebsart oder gar in einem einzelnen Betrieb zu ziehen. Auch in Zeiten einer allgemeinen Beschäftigtenabnahme gibt es immer wieder Wachstumszweige und Wachstumsbetriebe.

Ferner ist es falsch, die verschiedenen Wirtschaftsbranchen allein auf Grund ihrer Beschäftigtenentwicklung zu beurteilen. „Die Stärke einer Branche ist nicht so sehr quantitativ als qualitativ unter dem Gesichtspunkt ihrer Leistungs- und Ertragsfähigkeit zu werten. Hingegen kommt der Entwicklung der branchenmäßigen Erwerbstätigkeit in regionaler Hinsicht maßgebliche Bedeutung zu, stellt sie doch den eigentlichen Maßstab für die sich in einer Region anbietenden Beschäftigungsmöglichkeiten und daher zur Beurteilung deren Entwicklungsmöglichkeiten dar“ [32].

2.4 Perspektiven

Auf Grund verschiedener Untersuchungen [33] darf angenommen werden, daß in Zukunft die heutigen Industriegebiete der Schweiz weiterhin Schwerpunkte der industriellen Entwicklung bleiben werden und daß sich somit das regionale Verteilbild der Beschäftigten in der Industrie, wie es sich heute präsentiert, nicht überaus stark verändern wird. Die strukturellen Veränderungen in einer Region werden möglicherweise häufig von größerer Bedeutung sein, als die Änderungen in der Gesamtzahl der Industriebetriebe und -arbeitsplätze in der Region. Insgesamt dürfte aber die schweizerische Industrie auch in Zukunft mehr ähnliche Züge mit der heutigen aufweisen als völlig neuartige, unerwartete, ja unvorstellbare Kennzeichen. Dies schließt aber nicht aus, daß im Einzelfall recht beträchtliche Veränderungen stattfinden können.

3. ZIELE DER SCHWEIZERISCHEN INDUSTRIESTANDORTPOLITIK

Nach BALLESTREM bedarf es für die Begründung eines staatlichen Eingriffes in den Wirtschaftsprozess und somit auch in die Standortverteilung der Industrie zweier Argumente [34]:

- Zwischen der angestrebten leitbildgerechten Entwicklung und der tatsächlichen Entwicklung besteht eine (große) Diskrepanz.
- Der Marktmechanismus allein ist nicht in der Lage, die festgestellte Diskrepanz abzubauen: „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ [35].

Die Entscheidung eines Unternehmers für einen bestimmten Industriestandort ist eine Wahl, die auf Grund der Würdigung der vorhandenen Standortvoraussetzungen erfolgt. „Die Theorie der Marktwirtschaft geht im Grunde von der An-

nahme aus, daß die regionalen Produktionsvorteile miteinander konkurrieren und die Orte mit den günstigsten Bedingungen die Produktion an sich ziehen, so daß schließlich eine ‚optimale Standortverteilung‘ herausgebildet wird. Dieses Optimum ist dann erreicht, wenn es sich für keinen Betrieb mehr lohnt, seinen Standort zu verändern“ [36]. Dieses Optimum wird nun in der Realität kaum erreicht, vielfach kommt es nämlich nicht zu einer optimalen Standortwahl, denn oftmals sind dem Unternehmer die Standortfaktoren nicht genügend transparent oder er kennt deren Bedeutung zu wenig. Auch ist es denkbar, daß er kurzfristig plant. Schließlich erfolgt eine Standortwahl in manchen Fällen nicht nach dem reinen Gewinnmaximierungsprinzip, sondern ebenso sehr auf Grund von Traditionen und persönlichen Präferenzen [37].

Die einzelwirtschaftliche Standortfixierung führt nun nicht von sich aus zu einer gesamtwirtschaftlich optimalen Industriestandortstruktur. Die staatliche Industriestandortpolitik greift deshalb mit verschiedenen Maßnahmen der direkten und indirekten Standortbeeinflussung ein, um die Industriestandortstruktur zu beeinflussen.

Für die Schweiz wurden industriestandortpolitische Zielvorstellungen 1970 durch die Arbeitsgruppe des Bundes für Raumplanung formuliert und zur Diskussion gestellt. Im Bericht ‚Raumplanung Schweiz‘ finden sich u. a. folgende industriestandortpolitisch wichtigen Grundsätze [38]:

- „In allen Landesteilen sind die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen für eine gesunde, wettbewerbsfähige, in der Regel nicht einseitige Wirtschaftsstruktur“.
- „Die Industriezonen sind auf regionale Sammelstandorte zu konzentrieren; die Sammelstandorte sind über das ganze Land zu verteilen“.
- „Zonen für Industrien, die Immissionen verursachen oder das Landschafts- und Siedlungsbild beeinträchtigen, sind in angemessener Entfernung von Siedlungskernen und Wohngebieten anzulegen“.
- „Größere Industriezonen sind mit leistungsfähigen Straßen- und Geleiseanschlüssen auszustatten“.

Im Bericht ‚Studien zur Regionalpolitik‘ versuchte die Studienkommission für Preis-, Kosten- und Strukturfragen 1972 — ausgehend von den zwei dominierenden wirtschaftlichen Zielsetzungen, optimales Wachstum und Stabilität — Leitbilder für die Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Raum aufzustellen [39]. Dieser Bericht läßt eine homogenere, d. h. gleichmäßigere Verteilung der Branchen und damit auch der Industrie und ihrer verschiedenen Branchen in der Schweiz als wünschenswert erscheinen. Dieses Ausgleichsziel umfaßt sowohl das Gerechtigkeitsziel (Vermeidung und Beseitigung extremer räumlicher Disparitäten) als auch das Stabilitätsziel (Reduzierung der konjunkturellen und strukturellen Anfälligkeit der Regionen) [40].

Zusammenfassend gilt festzuhalten, daß in der Schweiz vor allem das Gerechtigkeitsziel und das Stabilitätsziel im Vordergrund industriestandortpolitischer Ziel Diskussionen stehen. Im Zusammenhang mit der Berggebietenförderung [41] sowie auch als Folge der Rezession zeichnet sich nun aber wieder — zumindest für gewisse Regionen — eine Aufwertung des Wachstumszieles ab, welches in den Zeiten der Hochkonjunktur teilweise etwas in den Hintergrund getreten war. Generell läßt sich ferner feststellen, daß — nicht nur in der Industriestandortpolitik, sondern ganz allgemein — in letzter Zeit den regionalen Problemen vermehrt Beachtung geschenkt wird [42].

4. BEEINFLUSSUNGSMÖGLICHKEITEN DER RÄUMLICHEN VERTEILUNG DER INDUSTRIE IN DER SCHWEIZ

4.1 Generelle Bemerkungen [43]

In einer generellen Würdigung der Maßnahmen zur Beeinflussung der industriellen Standortwahl muß darauf hingewiesen werden, daß es für Bund, Kantone und Gemeinden — im Sinne der Bundesverfassung — nicht darum geht, systematisch in das ökonomische Leben einzugreifen, sondern es sollen lediglich die Rahmenbedingungen geschaffen und erhalten werden, welche den Wirtschaftsablauf nach marktorientierten Gesichtspunkten optimal gewährleisten und welche auch die Erhaltung und Schaffung möglichst gleichwertiger, gesunder Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen in allen Landesteilen sicherstellen. Die formelle Garantie der freien Wahl des Standortes industrieller Niederlassungen kann ja nur tatsächlich erfüllt werden, wenn in allen Regionen eine nach Quantität und Qualität ausreichende Versorgung mit den verschiedensten Gütern und Diensten gewährleistet ist. Das schweizerische Wirtschaftssystem schließt aber grundsätzlich die Möglichkeiten aus, mit staatlichen Zwangsmaßnahmen auf den industriellen Standortentscheid Einfluß zu nehmen. Will nun die öffentliche Hand unter diesen Bedingungen die räumliche Verteilung der Industrie beeinflussen, so kann sie nicht die Industrieunternehmen selbst, sondern lediglich die Standortvoraussetzungen beeinflussen. „Die Interventionen der Staaten mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung sind dadurch gekennzeichnet, daß sie die freien Entscheidungsmöglichkeiten des Unternehmers nicht beeinträchtigen. Seine Standortnahme ist immer noch eine ‚Wahl‘. Der Staat beeinflußt nicht den Unternehmer selbst, sondern die Standortfaktoren“ [44]. Die staatliche Aktivität muß sich somit im wesentlichen darauf beschränken, die industrielle Standortgunst in bestimmten Regionen zu erhöhen, um auf diese Weise für die Betriebe des sekundären Wirtschaftssektors gewisse Anreize zu schaffen. Durch solche Eingriffe wird aber nicht eine fundamentale Umgestaltung der Wirtschaftsordnung in Richtung einer Planwirtschaft angestrebt, sondern es sollen lediglich volkswirtschaftliche, soziale, planerische und andere Fehl Abläufe korrigiert sowie diesbezügliche effektive und potentielle Störungs- und Gefahrenquellen möglichst ausgeschaltet werden.

Die Probleme der Industrieansiedlung und die Förderungsmaßnahmen für die Industrie dürfen jedoch in den meisten Fällen nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen in einen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gestellt und im Zusammenhang mit den Bestrebungen der öffentlichen Hand für eine allgemeine Wirtschaftsförderung gesehen werden. Die Ansiedlung von Industriebetrieben ist häufig nicht die einzige Maßnahme, um die kommunale oder regionale Wirtschafts- und Finanzkraft zu heben. Deshalb müssen auch beispielsweise die kommunalen Investitionen in eine geplante Industriezone sorgfältig gegen die Rentabilität von möglichen Alternativvorhaben abgewogen werden [45].

4.2 Die Träger standortpolitischer Maßnahmen

Als wichtigste Träger industriestandortpolitischer Maßnahmen in der Schweiz müssen die Kantone angesprochen werden. In vielen Schweizer Kantonen werden mehr oder weniger starke Maßnahmen ergriffen, um die Industrieansiedlung zu fördern [46]. Zu diesen Kantonen zählen nicht nur schwach industrialisierte Kantone im Alpenraum, sondern auch Mittelland- und Jura-Kantone. Das Spektrum der Maßnahmen, welche die einzelnen Kantone ergreifen, um die Industrieansiedlung

zu begünstigen, ist sehr breit. Als Folge der Rezession müssen sich allerdings verschiedene Kantone mehr mit den Problemen der Erhaltung bestehender industrieller Arbeitsplätze als mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze auseinandersetzen. Dies ist vor allem dort der Fall, wo Branchenprobleme zu regionalen Problemen wurden, d. h. wenn bedrohte Industriezweige (z. B. Uhrenindustrie, Teile der Textilindustrie) die Wirtschaft einer Region oder gar eines Kantons maßgeblich bestimmen. Durch eine aktive kantonale Industrialisierungspolitik kann, in Koordination mit einem planmäßigen Ausbau der Infrastruktur, ein hohes Maß an Beeinflussung der Industriestandorte erreicht werden. Ferner muß auf die in vielen kantonalen Steueretzen vorgesehenen Erleichterungen bei der Besteuerung neu eröffneter Industrieunternehmen hingewiesen werden.

Bei den Maßnahmen des Bundes handelt es sich einerseits um Vorkehrungen genereller Natur, welche die industrielle Standortwahl nur mittelbar zu beeinflussen vermögen, und andererseits um Maßnahmen, die eine mehr oder weniger direkte positive oder negative Beeinflussung von Industriestandorten auszuüben in der Lage sind. Maßnahmen, welche auf nationaler Ebene getroffen werden, vermögen sich regional sehr unterschiedlich auszuwirken, besonders dann, wenn von ihnen Industriebranchen betroffen werden, die regional stark konzentriert sind. Dabei darf nicht nur an den traditionellen Branchenbegriff gedacht werden. Zwischen der sektoralen und der regionalen Strukturpolitik bestehen enge Wechselbeziehungen. „Maßnahmen der sektoralen Strukturpolitik können erhebliche Auswirkungen auf Regionen haben, und regionale Entscheidungen ziehen immer auch Struktureffekte nach sich“ [47].

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Bundes muß auch auf die Wirtschaftsförderung im Berggebiet hingewiesen werden. Auf eine Darlegung der Probleme der Industrie und der Industrieansiedlung im Berggebiet kann aber an dieser Stelle verzichtet und auf die entsprechende Spezialliteratur verwiesen werden [48].

Durch die Ausscheidung von Industriezonen vermögen die Gemeinden die räumliche Verteilung der Industrie zu beeinflussen. Allerdings ist dabei zu bemerken, daß eine Ausscheidung von Industriezonen keine tatsächliche Beeinflussung von Industriestandorten zur Folge haben muß, sondern im wesentlichen lediglich eine begünstigende Maßnahme darstellt. In der Schweiz wurden insgesamt zu viele Industriezonen ausgeschieden. Etliche dieser Industriezonen liegen an standortmäßig ungünstigen Orten und/oder sind ungenügend erschlossen, so daß sie gar nie von der Industrie als Standorte genützt werden. „Eine Untersuchung mehrerer Industriezonen in der Schweiz [49] ergab, daß die Frage nach dem Erfolg einer Planung zur Verwirklichung einer Industriezone weitgehend auf die Frage nach den im entsprechenden Zeitpunkt herrschenden Grundbesitzverhältnissen und damit auf die Frage nach den Erwartungen und Verhaltensweisen der dahinterstehenden Personen zurückgeführt werden kann. Dieser Faktor bestimmt somit zum großen Teil das Vorgehen in Planung, Landumlegung, Erschließung usw. ... Ein erfolgversprechendes Vorgehen zur Realisierung einer kommunalen Industriezone führt häufig nur über den Weg einer längerfristigen, aktiven Bodenpolitik der Gemeinde“ [50].

Neben der öffentlichen Hand fallen auch private und gemischtwirtschaftliche Vereinigungen als Träger industriestandortpolitischer Maßnahmen in Betracht. Ihre Mittel sind vor allem diejenigen der informierenden Standortpolitik, wodurch die räumliche Transparenz der Standortbedingungen erhöht und somit die Vergleichsmöglichkeiten für den standortsuchenden Unternehmer erleichtert werden.

4.3 Maßnahmenkatalog

Die Komplexität und Vielschichtigkeit der Materie erlaubt niemals eine abschließende Aufzählung sämtlicher denkbarer Maßnahmen, welche direkt oder indirekt die räumliche Verteilung der Industrie beeinflussen können. Der nachfolgende Maßnahmenkatalog [51] vermag deshalb lediglich ein unvollständiges, exemplarisches Bild zu vermitteln:

Tabelle 7: Katalog industriestandortbeeinflussender Maßnahmen

Maßnahme	Beispiel
1. Beeinflussung der infrastrukturellen Standortvoraussetzungen	
— direkt	Erschließung einer Industriezone
— indirekt	Gewährung von zinsgünstigen Darlehen für die Aufwendungen zur Industriezonenerschließung
2. Organisatorische Maßnahmen	Gründung von Kommissionen, Büros u. ä., die sich mit der Industrieansiedlung befassen
3. Planerische Maßnahmen	Ausscheiden von Industrie- und Gewerbebezonen im Rahmen der Ortsplanung
4. Fiskalische Maßnahmen	Gewährung von speziellen Steuererleichterungen (evtl. Steuerbefreiung)
5. Information und Werbung	Information über die lokalen und regionalen Standortvorteile und entsprechende Werbung
6. Absatzförderung	Vergebung von kantonalen (kommunalen) Aufträgen unter Berücksichtigung der regions-(orts)-ansässigen Industrie
7. Verbesserung der Wirtschaftsgesinnung	Abbau industrie-feindlicher Politik; Schaffung eines der Industrieansiedlung günstigen Wirtschaftsklimas
8. Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse	Erstellen von Wohnungen für die Arbeitskräfte der sich ansiedelnden Industrie
9. Maßnahmen allgemeiner Art	Förderung des Außenhandels; Zollpolitik; Konjunkturpolitik; Kreditpolitik

Quelle: Wirtschaftspolitische Mitteilungen 1975, Nr. 8.

5. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Rezession mit ihren Folgeerscheinungen hat verschiedene Schwächen der räumlichen Struktur der schweizerischen Industrie zutage treten lassen. Diese Schwächen waren wohl bekannt, sie wurden aber durch den Boom der Nachkriegszeit und die Hochkonjunktur der sechziger und frühen siebziger Jahre verdeckt, verschleiert und verdrängt. An erster Stelle muß hier auf die branchenstrukturelle Einseitigkeit gewisser Regionen (z. B. Uhrenregionen im Jura) hingewiesen werden. Die örtliche und regionale Spezialisierung der Industrie ist nicht mehr so stark

wie noch vor einigen Jahrzehnten. Die regionalen Industrie-Schwerpunkte haben sich auch deshalb entschärft, weil heute größere Unternehmungen immer mehr auf eine sortiments- und absatzmäßige Diversifikation achten [52]. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt nun aber, daß der branchenmäßigen Zusammensetzung der Industrie immer noch zu geringe Beachtung geschenkt wurde. „Man sollte nicht einfach jede erreichbare Ansiedlung akzeptieren, sondern eine genaue Analyse vornehmen, was der Region langfristig nützen kann“ [53].

Als Folge der Rezession hat sich ferner das Gefälle zwischen stark und schwach industrialisierten Regionen in der Schweiz wieder verstärkt, nachdem diese Differenz u. a. auch dank teilweise intensiven Industrialisierungsbemühungen (z. B. im Kanton Wallis) etwas abgebaut werden konnte. Trotz den großen naturgegebenen Unterschieden der Standortgunst sind in der Schweiz die räumlichen Disparitäten im internationalen Vergleich gering und die Regionalstruktur kann von einigen Ausnahmen abgesehen noch als relativ ausgeglichen bezeichnet werden. Gerade in einem föderalistisch aufgebauten Staatswesen, wie es die Schweiz darstellt, fällt aber die ungleiche Verteilung der Entwicklungschancen viel stärker ins Gewicht als in einem eher zentralistisch ausgerichteten Staat. Aufgabe einer räumlichen Struktur- oder Regionalpolitik ist es, extreme räumliche Disparitäten abzubauen mit dem Ziel, in allen Landesteilen möglichst gleichwertige Lebens-, Arbeits- und Umweltsbedingungen zu schaffen. Bei einem solchen Abbau geht es aber nicht um eine Nivellierung, um eine Gleichmacherei, sondern um eine Angleichung extremer und als störend empfundener Ungleichheiten, damit ein optimales Funktionstotal entsteht. Mit einer solchen ‚Optimierung räumlicher Disparitäten‘ im industriellen Bereich hat sich die Industriestandortpolitik auseinanderzusetzen.

Für eine rationale Industriestandortpolitik ist es aber notwendig, daß wir über genügende, aktuelle und aussagekräftige Unterlagen verfügen. Der Industriegeographie ist nun die Aufgabe übertragen — zusammen mit anderen Wissenszweigen — solche wissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten und bereitzustellen sowie dafür zu sorgen, daß diese Entscheidungsunterlagen in den Bereich der Raumordnungspolitik einfließen. Aufgabe einer Raumordnungspolitik ist, die laufend anfallenden raumrelevanten Probleme zu erkennen, zu analysieren, erstrebenswerte Entwicklungen alternativ zu planen, darüber zu entscheiden und Entscheidungen realisierend durchzusetzen [54].

6. ANMERKUNGEN

- [1] Vgl. dazu das einschlägige raumplanerische und regionalpolitische Schrifttum, z. B.: FISCHER, G., 1973. Praxisorientierte Theorie der Regionalforschung. Tübingen, S. 13 ff.
- [2] Vgl. dazu z. B. BRÖSSE, U., 1974. Raumordnungspolitik. Berlin und New York, S. 10 f., BRÖSSE, U., 1972. Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik. Berlin.
- [3] STRZYGÓWSKI, W., Diskussionsbemerkung auf dem Deutschen Geographentag in Bad Godesberg 1967. Zit. nach WITT, W., 1972. Planerische Utopie und geographische Realität. Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Band 114/II, S. 25.
- [4] Vgl. dazu vor allem BICKEL, W., 1973. Die Volkswirtschaft der Schweiz, Entwicklung und Struktur. Aarau und Frankfurt a. M., insbesondere S. 190 ff., KNESCHAUREK, F., 1964. Wandlungen der schweizerischen Industriestruktur seit 1800. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik Nr. 1/2 1964 (Sonderheft ‚Ein Jahrhundert schweizerische Wirtschaftsentwicklung‘) und HAUSER, A., 1961. Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Erlenbach und Stuttgart.
- [5] SCHNEIDER, H. K., 1968. Über die Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Regionalpolitik (hrsg. von Schneider, H. K.). Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 41. Berlin, S. 4 ff.
- [6] BICKEL, W., Die Volkswirtschaft der Schweiz, a. a. O., S. 202.
- [7] Vgl. dazu die Daten der Industriestatistiken 1974 und 1975. Diese Daten sind veröffentlicht in Die Volkswirtschaft, Heft 3, 1975, S. 119 ff. und Heft 3, 1976, S. 133 ff. Siehe dazu auch ELSASSER, H., 1976. Die Auswirkungen der Rezession auf die Beschäftigung. Neue Zürcher Zeitung Nr. 81 vom 6. April, S. 17.
- [8] CHRISTOFFEL, M., 1967. Die industrielle Ballung in der Schweiz. Diss. HSG. Thuis, S. 2 ff.
- [9] WRONSKY, D., 1967. Industriestandorte. Untersuchung über die räumliche Ordnung der Industrie in der Schweiz, Gesamtbericht. ORL-Institut ETH Zürich (ORL-Industriestandort-

- studie), S. 29 ff. und NAJGRAKOWSKI, M., 1966. Räumliche Konzentration der Industrie in der Schweiz (Manuskript). ORL-Institut ETH Zürich. NAJGRAKOWSKI veröffentlichte seine Untersuchung in überarbeiteter Fassung unter dem Titel 'Die räumliche Konzentration der schweizerischen Industrie', 1970. Biuletyn Komitetu Przemysłowego Zagospodarowania Kraju, H. 54. Warszawa.
- [10] ELSASSER, H., 1972. Veränderungen der kantonalen Beschäftigtenstrukturen in Industrie und Handwerk in der Schweiz, 1955–1965. Geographica Helvetica Nr. 4.
- [11] Berechnet nach der Methode von GERFIN. Vgl. dazu GERFIN, H., 1964. Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung. Kyklos Vol. XVII.
- [12] ELSASSER, H., 1974. Industriearbeitsplatz-Prognose nach Branchen und Regionen für das Jahr 2000. ORL-Bericht Nr. 22, ORL-Institut ETH Zürich, S. 10 ff.
- [13] Vgl. in diesem Zusammenhang ALTERMATT, K., 1975. Regional-, Struktur- und Standorteffekt. ORL-DISP Nr. 36.
- [14] SCHRODER, D., 1968. Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum. Prognos-Studie Nr. 3. Stuttgart, S. 112.
- [15] Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, 1972. Jahrbuch Regionalstatistik. Luxemburg, S. 17.
- [16] Vgl. dazu Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), 1971. Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland mit Berlin (West): Verlegerte, neuerrichtete und stillgelegte Industriebetriebe in den Jahren 1968 und 1969. Bonn, S. 65.
- [17] MÜHLEMANN, F., 1976. Aufgaben der regionalen Struktur- und Entwicklungspolitik in der Rezession. Die Volkswirtschaft, Heft 2, S. 49 f.
- [18] Wesentliches statistisches Merkmal eines industriellen Betriebes gemäß Arbeitsgesetz ist, daß wenigstens sechs Arbeitnehmer beschäftigt werden (Art. 5 Abs 2 a des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel).
- [19] Industriestandortstudie, a. a. O., S. 175.
- [20] Vgl. in diesem Zusammenhang Studienkommission für Preis-, Kosten- und Strukturfragen (Hrsg.), 1972. Studien zur Regionalpolitik. Bern; Industrielle Organisation (Hg. vom Betriebswirtschaftlichen Institut der ETH Zürich), 1973. Sondernummer 'Verantwortung von Staat und Unternehmer im Strukturwandel', Nr. 3. ELSASSER, H., 1976. Die Bedeutung der Geographie für die Struktur-, Regional- und Entwicklungspolitik. Regio Basiliensis Nr. 1.
- [21] Vgl. dazu auch ELSASSER, H. und ROUGE, C., 1972. Industriebesatz 1970. ORL-Studienunterlage Nr. 10, ORL-Institut ETH Zürich.
- [22] Nach Regionalstatistik, a. a. O., S. 16.
- [23] MÜHLEMANN, F., 1976. Aufbau und Stand der regionalen Wirtschaftsförderung in der Schweiz. Informationen der Land- und Milchwirtschaft, Dokumentationsdienst Nr. 104 vom 18. August.
- [24] ELSASSER, H., 1975. Kleine Industriegeographie der Schweiz. Wirtschaftspolitische Mitteilung Nr. 8, S. 22.
- [25] Nach BICKEL, W., Die Volkswirtschaft der Schweiz, a. a. O., S. 207.
- [26] Nach Studien zur Regionalpolitik, a. a. O., S. 5.
- [27] BICKEL, W., Die Volkswirtschaft der Schweiz, a. a. O., S. 208 f.
- [28] Vgl. dazu ELSASSER, H., 1974. Räumliche Spezialisierung und Konzentration. Geographica Helvetica Nr. 4.
- [29] Nach ALTERMATT, K., a. a. O., Tab. 1, S. 45.
- [30] Vgl. dazu ELSASSER, H., Industriearbeitsplatz-Prognose . . . , a. a. O., S. 12.
- [31] Vgl. die Tafeln 60–63, Industrie und Gewerbe I–IV, des Atlas der Schweiz, 1972. Wabern—Bern sowie ELSASSER, H., 1972. Die neue Karte 'Industrie und Gewerbe, Übersicht' des Atlas der Schweiz. Geographica Helvetica Nr. 4.
- [32] Arbeitsgruppe Perspektivstudien, 1971. Entwicklungsperspektiven der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000, Teil III, Branchenmäßige Entwicklungsperspektiven, Band I. St. Gallen, S. 55.
- [33] ELSASSER, H., 1973. Die mutmaßliche räumliche Verteilung der im sekundären Sektor Beschäftigten der Schweiz im Jahre 2000. ORL-Schriftenreihe Nr. 15, ORL-Institut ETH Zürich und ELSASSER, H., Industriearbeitsplatz-Prognose . . . a. a. O.
- [34] BALLSTREM, F. Graf von, 1974. Standortwahl von Unternehmen und Industriestandortpolitik. Ein empirischer Beitrag zur Beurteilung regionalpolitischer Instrumente. Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten NF Heft 44. Berlin, S. 18 f.
- [35] SCHILLER, K., 1965. Wirtschaftspolitik. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12. Stuttgart, Tübingen, Göttingen, S. 215.
- [36] BALLSTREM, F. Graf von, Standortwahl . . . a. a. O., S. 18 f.
- [37] Für die Schweiz vergleiche dazu CHRISTOFFEL, M., Die industrielle Ballung in der Schweiz, a. a. O. In jener Dissertation wird deutlich gezeigt, daß die von vielen Standorttheorien unterstellte Hypothese der vollkommenen Information der Unternehmer bezüglich der Standortvorteile und -nachteile als unrealistisch zu bezeichnen ist.
- [38] Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung, 1970. Raumplanung Schweiz, Aufgaben der Raumplanung und der Raumplanungsorganisation des Bundes, Hauptbericht, o. O., S. 73 ff. Neben diesen vier materiellen Grundsätzen, welche direkte Aussagen zur Verteilung der Industrie in der Schweiz machen, lassen sich teilweise auch aus den andern zwanzig materiellen Grundsätzen industriestandortpolitische Folgerungen ableiten.
- [39] Vgl. dazu Studien zur Regionalpolitik, a. a. O.
- [40] Vgl. dazu auch ELSASSER, H., 1975. Raumplanerisches Leitbild und Branchenstruktur. ORL-DISP Nr. 38.
- [41] Vgl. dazu insbesondere Arbeitsgruppe Stocker, 1972. Grundlagen zu den Leitlinien für die Berggebietsförderung. Bern.
- [42] Vgl. in diesem Zusammenhang: FISCHER, G., 1976. Regionale Anliegen an ein Strukturleitbild Schweiz. Wirtschaftspolitische Mitteilung Nr. 8 und Globale Konjunkturpolitik und regionale Strukturpolitik. Mitteilungsblatt des Delegierten für Konjunkturfragen, 1976. Heft 1. Ferner muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß 1976 das Thema 'Regionalprobleme in der Schweiz, namentlich in den Berg- und Grenzgebieten' zu einem Nationalen Forschungsprogramm bestimmt wurde.
- [43] Nach MOCK, H. und KUNDT, J., 1970. Steuerungsmöglichkeiten der industriellen Standortwahl. ORL-Bericht Nr. 12, ORL-Institut ETH Zürich; MOCK, H., 1972. Möglichkeiten und Grenzen einer schweizerischen Industriestandortpolitik. Wirtschaft und Recht Heft 2: ELSASSER, H., 1972. Industrielle Standortvoraussetzungen und ihre Beeinflussungsmöglichkeiten

- durch die öffentliche Hand. Die Unternehmung Nr. 2 und ELSASSER, H., 1975. Beeinflussungsmöglichkeiten der industriellen Standortwahl durch die öffentliche Hand. Die Verwaltungspraxis Nr. 10.
- [44] KUMIN, G. K., 1966. Öffentliche Ausgaben und Standort privater Unternehmungen. Diss. ETH. Zürich, S. 10.
- [45] Darauf weist auch vor allem BRUN hin: BRUN, R., 1975, Ausscheiden von Industriezonen. ORL-Studienunterlage Nr. 24, ORL-Institut ETH Zürich.
- [46] Eine Zusammenstellung der kantonalen Industrieförderungsmaßnahmen findet sich bei ELSASSER, H., 1973. Maßnahmen zur Förderung der Industrieansiedlung in den Kantonen. ORL-DISP Nr. 28. Vgl. in diesem Zusammenhang auch ROHR, R., 1975. Wirtschaftspolitische Programme auf Bundes- und Kantonsebene — Überblick über bisherige Bestrebungen und Ausblick. Wirtschaft und Recht Heft 4.
- [47] FISCHER, G., Regionale Anliegen an ein Strukturleitbild Schweiz, a. a. O., S. 10 f.
- [48] Vgl. dazu ELSASSER, H., 1976. Industrialisierung der Berggebiete, am Beispiel des Kantons Graubünden: Ein Beitrag zur Förderung und Unterhaltung der alpinen Kulturlandschaft. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen des 40. Deutschen Geographentages in Innsbruck, Wiesbaden; ELSASSER, H., 1973. Gedanken zur Schaffung industrieller Arbeitsplätze im Berggebiet. ORL-DISP Nr. 27 und ELSASSER, H., 1972. Zum Problem der Industrieansiedlung im schweizerischen Berggebiet. Werk Nr. 6. Diese Artikel enthalten weiterführende Literatur zum Thema der Industrialisierung der schweizerischen Berggebiete.
- [49] MOCK, H., 1971. Finanzielle und organisatorische Aspekte der Planung und Realisierung von Industriezonen. ORL-Studienunterlage Nr. 8. ORL-Institut ETH Zürich.
- [50] ELSASSER, H., Beeinflussungsmöglichkeiten der industriellen Standortwahl durch die öffentliche Hand, a. a. O., S. 31.
- [51] ELSASSER, H., Kleine Industriegeographie der Schweiz, a. a. O., S. 29.
- [52] Vgl. in diesem Zusammenhang sowie auch für die folgenden Ausführungen: Studien zur Regionalpolitik, a. a. O.
- [53] GERFIN, H., Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, a. a. O., S. 590.
- [54] Nach LENDI, M. (1977), Kantonale Raumordnungspolitik. ORL-DISP Nr. 44, S. 5.

7. LITERATURVERZEICHNIS

(zusätzliche, in den Anmerkungen nicht aufgeführte Literatur; Auswahl)

- ABT, R., 1973. Agglomerationseffekte in der schweizerischen Industrie. ORL-Schriftenreihe Nr. 17. ORL-Institut ETH Zürich.
- BELLWALD, A., 1963. Raumpolitische Gesichtspunkte der industriellen Standortwahl in der Schweiz. Staatswissenschaftliche Studie N. F., Band 49. Zürich.
- DOERIG, H. U., 1968. Der staatliche Einfluß auf die regionale Verteilung von Bevölkerung und Wirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der zentral- und gliedstaatlichen Industriepolitik im Kanton St. Gallen. Diss. HSG. Zürich und St. Gallen.
- GAUDARD, G., 1973. Les disparités économiques régionales en Suisse. Fribourg.
- GUÉLLER, P. und H. ELSASSER, 1970. Teilleitbild 'Industrie und Gewerbe', Sekundärteil. ORL-Institut ETH Zürich.
- NYDEGGER, A., 1968 a. Teilleitbild Volkswirtschaft, Primärteil. Studie z. H. des ORL-Institutes. St. Gallen.
- 1968 b. Kernfragen der wirtschaftlichen Strukturforchung und Strukturpolitik in der Schweiz. Außenwirtschaft, Heft II/III.
- 1968 c. Industriestandort und Verkehr. Festschrift für Walther Hug. Bern.
- SCHAERLIG, A., 1973. OÙ construire l'usine? Paris, Bruxelles und Montreal.
- ULMI, K., 1962. Probleme regionaler Industrialisierungspolitik in der Schweiz. Diss. HSG. Winterthur.
- WRONSKY, D., 1968. Teilleitbild 'Industrie und Gewerbe', Primärteil. Studie z. H. des ORL-Institutes ETH Zürich.

ZUSAMMENFASSUNG

Die räumliche Struktur der schweizerischen Industrie zeichnet sich durch regionale Ungleichheiten aus. Die Industrie ist im Mittelland und insbesondere im zentralen und östlichen Teil konzentriert. Demgegenüber ist der Industrialisierungsgrad im alpinen und voralpinen Raum — abgesehen von einigen lokalen Industrie-konzentrationen — gering. In den sechziger und frühen siebziger Jahren haben sich diese räumlichen Disparitäten etwas verringert. Dieser Abbau der regionalen Unterschiede ist vor allem auf den angespannten Arbeitsmarkt in den schweizerischen Industriegebieten zurückzuführen. Verschiedene Unternehmen des Mittel-landes gründeten in ländlichen Regionen Zweigbetriebe, in der Hoffnung, so neue Arbeitsmärkte erschließen zu können. Auch die aktive Industriestandortpolitik einzelner Kantone war der Verringerung der regionalen Disparitäten förderlich.

Im Gefolge der wirtschaftlichen Rezession haben sich nun aber die räumlichen Ungleichheiten wieder vergrößert. Probleme der Branchenstruktur entwickeln sich häufig zu regionalen Strukturproblemen, weil in der Schweiz immer noch bedeutende regionale Branchenschwerpunkte festzustellen sind. Die Rezession hat Ein-

seitigkeiten in der regionalen Zusammensetzung der Industriebranchen deutlich zutage treten lassen.

Als wichtige Ziele einer schweizerischen Industriestandortpolitik müssen deshalb der Abbau regionaler Disparitäten sowie die Verringerung einseitiger Branchenstrukturen und -schwerpunkte bezeichnet werden. Die Mittel der öffentlichen Hand, welche für eine solche aktive Politik zur Verfügung stehen, dürfen allerdings nicht überschätzt werden. Die wichtigsten Maßnahmen liegen im Bereich der gezielten Verbesserung der Standortvoraussetzungen für die Industrie in den zu fördernden Regionen.

Sowohl an theoretischen als auch an empirischen Untersuchungen für eine rationale Industriestandortpolitik besteht in der Schweiz vorläufig noch ein Defizit. Der Industriegeographie ist somit die Aufgabe übertragen — zusammen mit andern Wissenszweigen — solch wissenschaftliche Grundlagen zu erarbeiten und bereitzustellen.

Summary

Aspects of space of the Swiss industry

The spatial structure of the Swiss industry is characterized by regional disparities. The industry is concentrated in the central part (Mittelland) and here especially in the central and eastern section. The degree of industrialisation in the alpine and prealpine area on the other hand is very low (with some exceptions of local concentrations). The spatial disparities have diminished in the sixties and early seventies of this century. The gradual abolition of the regional disparities can be attributed to the tense situation of the labour-market in the Swiss industrial belt. Several enterprises of the Mittelland founded branches in rural areas hoping to tap new labour markets. Also the active industrial location policy of some Kantons was beneficial to the decrease of regional disparities.

As a consequence of the economic recession the spatial disparities have increased again. Problems of branch structures develop very often into regional structural problems because in Switzerland we still find considerable regional concentration of certain branches. Due to the recession the onesided regional composition of industrial branches have become obvious.

The gradual abolition of regional disparities as well as the decrease of unilateral branch structures and concentrations must be designated as important aims of the Swiss industrial location policy. The budget of the government which is available for such an active policy should not be overestimated though. The most important steps are to methodically improve the conditions of locations for the industry in the regions to be supported.

In Switzerland there is a deficit of theoretical as well as empirical research for a rational policy for locational industrial analyses. It is the job of industrial geography — together with other fields of science — to work out those scientific principles and make them available.

Résumé

Des aspects régionaux de l'industrie en Suisse

La structure spatiale de l'industrie suisse est caractérisée par des disparités régionales considérables: Les concentrations industrielles se trouvent surtout sur

le Plateau suisse d'une part, dans les régions centrales et orientales d'autre part; dans les régions alpines et préalpines par contre, le degré de l'industrialisation est — exception faite de quelques centres locaux — assez basse. Dans les années soixante — soixante-dix, on a réussi à diminuer ces disparités régionales: par suite d'une tension remarquable au marché de travail dans les régions industrialisées, plusieurs entreprises industrielles du Plateau suisse ont établi des filiales dans des régions rurales tout en espérant ouvrir de nouveaux marchés de travail. La politique active de quelques cantons favorisant des implantations industrielles a contribué aussi à diminuer les disparités régionales.

Par suite de la recession économique, les inégalités régionales se renforcent de nouveau. Des problèmes de la structure industrielle se transforment souvent en problèmes de la structure régionale, car, toujours encore, il y a en Suisse quelques branches trop concentrées. La recession économique a rendu évident le déséquilibre régionale de la structure des branches industrielles.

Le but le plus important d'une politique industrielle suisse doit donc être la diminution des disparités régionales et la réduction des concentrations déséquilibrées de branches. Mais on ne doit pas surévaluer les moyens publics mis à la disposition d'une telle politique. Les dispositions les plus nécessaires visent à améliorer l'infrastructure des emplacements industriels dans les régions en voie de développement.

Pour le moment, il faut constater en Suisse un déficit d'expertises — théoriques ou empiriques — servant de base pour une politique rationnelle d'emplacements industriels. La géographie de l'industrie se voit donc engagée à préparer — en collaboration interdisciplinaire — de telles bases scientifiques.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1977

Band/Volume: [119](#)

Autor(en)/Author(s): Elsasser Hans

Artikel/Article: [RÄUMLICHE ASPEKTE DER INDUSTRIE IN DER SCHWEIZ 163-182](#)